



Politologe: Ohne bosnische Verfassungsreform kein Weg nach Brüssel

Utl.: Dzihic: Derzeit kein substanzieller Konsens der nationalistischen Parteien - Elitenwechsel notwendig

Wien (APA) - Ohne bosnische Verfassungsreform gibt es für Bosnien-Herzegowina keinen erfolgreichen Weg nach Brüssel: Die betonte der Politologe Vedran Dzihic vom "Center for European Integration Studies" (CEIS) Mittwochabend bei einer Diskussionsveranstaltung zu "Bosnien - Verfassungsreformen im Kontext der Europäischen Integration" in Wien. Es gebe allerdings keine schnelle und optimale Lösung: "Derzeit gibt es keinen substanziellen Konsens unter den nationalistischen Parteien, wie Bosnien ausschauen soll."

Die Politiker, die die Verfassung diskutierten, würden nach wie vor daran denken, wie sie die im Krieg erlangten Vorteile verteidigen könnten, sagte Dzihic. "Es bedürfe eines Elitenwechsels." In einem solchen Fall könnte sich nach den Parlamentswahlen im Herbst allerdings eine Chance für einen neuen Anlauf für eine Verfassungsreform ergeben.

Christophe Solioz von CEIS vertrat die Ansicht, ein Teil der Politiker sei für eine neue Verfassung, würde allerdings noch nicht wagen, den Konsens auf den Tisch zu legen. In Gesprächen mit Hardlinern habe er den Eindruck gewonnen, dass auch diese vorwärts kommen wollten. Zehn Jahre nach Dayton habe Bosnien schon viel erreicht.

Der Leiter des Kompetenzzentrums Südosteuropa an der Universität Graz, Josef Marko, erklärte, es bedürfe in Bosnien-Herzegowina einer Abkehr von der Eliten zentrierten Verfassungsdiskussion und der Schaffung eines Verfassungskonvents, der auch Nichtregierungsorganisationen integriere und eine öffentliche Debatte einleite. "Dann hätte eine Verfassung auch mehr Akzeptanz bei der Bevölkerung."

Ohne Druck seitens der EU werde sich in Bosnien nichts ändern, sagte Dzihic. Es stimme ihn allerdings besorgt, dass die Politik der EU am Balkan immer "unbestimmter" werde. Die USA würden hingegen mehr Engagement zeigen. Washington würde versuchen, die Verfassungsreform voranzubringen. Marko erklärte, die USA betrieben am Balkan "Kolonialismus". Mit der Etablierung von US-Colleges und Universitäten finde eine kulturelle Überformung statt, der die EU nichts Adäquates entgegenzusetzen würde. So sei in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo etwa das amerikanische Strafrechtssystem eingeführt worden, mit der Abschaffung des Untersuchungsrichters.

Dzihic bezeichnete den herrschenden Nationalismus als "künstlich geschaffenen Zustand", der sich durch die Krise festgesetzt habe, was sich allerdings auch wieder ändern könne. Für Solioz sind die Unterschiede zwischen den Bewohnern Bosnien-Herzegowinas kleiner als jene in der Schweiz. Armina Galijas vom Institut für Osteuropäische Geschichte an der Universität Wien sagte wiederum, die ethnischen Gruppen seien derzeit so weit entfernt voneinander wie noch nie.

Marko vertrat den Standpunkt, dass es auch vor dem Krieg in den 90er Jahren kein idyllisches multiethnisches Zusammenleben gegeben habe, mit Ausnahme in den Kreisen der Intellektuellen, des städtischen Bürgertums und der Kommunisten. Heute würden laut Umfragen des UNO-Entwicklungsprogrammes (UNDP) 30 Prozent nicht in einem bosnisch-herzegowinischen Staatengebilde leben wollen. Das Bildungssystem sei durch häufige räumliche Trennung von Schülern der drei Volksgruppen ethnisiert. "Es bedarf einer Reedukation."

16. März 2006